

KOORDINIERUNGSSTELLE

● ● ●
**HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



MITSPRACHE! TEILHABE! POLITIK JUGENDGERECHT GESTALTEN!

DIE 2. JUGENDKONFERENZ ZUR JUGENDSTRATEGIE 2015-2018
„HANDELN FÜR EINE JUGENDGERECHTE GESELLSCHAFT“



Vom 29. September bis 1. Oktober 2017 kamen etwa 60 Jugendliche aus ganz Deutschland zur 2. Jugendkonferenz zur Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ in Berlin zusammen, um gemeinsam zu diskutieren, voneinander zu lernen und um Politik und Gesellschaft zu gestalten. Die Gründe, weshalb sich junge Menschen politisch engagieren, sind dabei vielfältig: „Weil ich die Möglichkeit habe, etwas zu sagen und zu verändern“ – „Weil auch junge Menschen einen Anspruch haben, gehört zu werden“ – „Weil Demokratie gelebt und verteidigt werden muss“. Die 2. Jugendkonferenz, durchgeführt von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ in Kooperation mit dem Bundesjugendministerium, diente den Teilnehmerinnen und Teilnehmern folglich als Plattform zur Vernetzung und zur thematischen Weiterentwicklung der Jugendstrategie, sodass seitens der Akteure in der Jugendpolitik noch gezielter die Interessen junger Menschen in den Blick genommen werden können.



Mit der Eigenständigen Jugendpolitik und der Jugendstrategie stellt das Bundesjugendministerium die Perspektiven und Bedürfnisse der 12- bis 27-Jährigen in den Mittelpunkt und tritt für eine Politik für, mit und von Jugend ein. Die Jugendstrategie ist kooperativ ausgerichtet und bringt vielfältige Akteure unter ein Dach – mit dem Ziel, jugendrelevante Vorhaben zu initiieren und durchzuführen, zu bündeln und sichtbar zu machen. Konsequente Jugendbeteiligung gehört zu den Grundanforderungen dieser Strategie. Das spiegelt sich nicht nur in den jährlichen Jugendkonferenzen wider, sondern zum Beispiel auch in Projekten zur Weiterentwicklung, Qualifizierung und Umsetzung von On- und Offline-Partizipation, in der

Jugendbeteiligung am bundesweiten Prozess „Jugendgerechte Kommunen“ und an der Demografiestrategie der Bundesregierung sowie in den JugendPolitikTagen und thematischen Jugendworkshops. Damit wird sichergestellt, dass junge Menschen auch auf Bundesebene die Möglichkeit erhalten, aktiv an der Jugendstrategie mitzuarbeiten, sie zu verändern, zu verbessern und noch wirksamer zu machen.

Während die 1. Jugendkonferenz im Herbst 2016 die Weiterentwicklung der Einzelvorhaben der Jugendstrategie in den Fokus nahm, setzte sich die 2. Jugendkonferenz zum Ziel, unter der Bezugnahme auf die Lebensrealitäten einer vielfältigen Jugend besonders relevante Themen aus Jugendperspektive zu diskutieren. Diese Themen ergaben sich aus der Diskussion auf der 1. Jugendkonferenz und den weiteren Beteiligungsveranstaltungen im Rahmen der Jugendstrategie und wurden gemeinsam mit verschiedenen Gestaltungspartnern vorbereitet. Überdies zielte die Jugendkonferenz darauf ab, engagierte Jugendliche zwischen 13 und 27 Jahren aus den Zusammenhängen der Jugendstrategie untereinander und mit Entscheidungsträgerinnen und –trägern zusammenzubringen und damit einen Beitrag zur Stärkung von Jugendthemen in Politik und Gesellschaft zu leisten.



Ein besonderes Anliegen der Organisatoren ist zudem der inklusive Zugang und eine inklusive Gestaltung ihrer Veranstaltungen. Unter Inklusion ist grundsätzlich zu verstehen, dass alle Menschen an einer Gesellschaft gleichberechtigt teilhaben können, unabhängig von ihren persönlichen Merkmalen wie Geschlecht, Alter, ethnische Herkunft, Beeinträchtigungen, sexuelle Identität, religiöse oder weltanschauliche Überzeugung. Dieses Gesellschaftskonzept wurde auch zur Grundlage der Jugendkonferenz gemacht, indem die Koordinierungsstelle für die Vorbereitung als auch für die Durchführung der Veranstaltung für das Thema sensibilisierte und die Gestaltungspartner in ihre Überlegungen einband. Anhand eines Leitlinienkatalogs wurden u.a. Absprachen zur zielgruppengerechten Ansprache und Einladung marginalisierter junger Menschen, zu Barrierearmut und –freiheit der Veranstaltung und zu Beratungs- und Assistenzmöglichkeiten getroffen und als Grundlage der Jugendkonferenz herangezogen.



Die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ 2015-2018

Jugend ist eine eigenständige und prägende Lebensphase mit ganz besonderen Herausforderungen: Jugendliche und junge Erwachsene müssen sich qualifizieren, sie müssen selbstständig werden und sie müssen ihren Platz in der Gesellschaft finden. Damit das gelingt, muss die Politik geeignete Rahmenbedingungen schaffen. Leitlinie des Bundesjugendministeriums ist die „Eigenständige Jugendpolitik“, die auf die Beteiligung der jungen Generation und das Zusammenwirken vieler Akteure setzt. Um dies zu verwirklichen, setzt das Bundesjugendministerium gemeinsam mit seinen Partnern die Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ um. Das Ziel ist eine Gesellschaft, die die junge Generation an allen Entscheidungen beteiligt, die sie betreffen, und die allen Jugendlichen und jungen Erwachsenen gute Bedingungen bietet, um die Herausforderungen der Lebensphase Jugend zu meistern. Es gilt, sich politisch und gesellschaftlich kontinuierlich über „Jugend“ zu verständigen, um Jugend gestalten und leben zu können.

Die Jugendstrategie hat vier zentrale Handlungsfelder. Es geht um:

- > Politik für, mit und von Jugend: wirkungsvolle Jugendbeteiligung,
- > Zwischen Anforderungen und Bedürfnissen: Zeiten und (Frei-)Räume,
- > Zukunftspolitik für alle Jugendlichen und jungen Erwachsenen: gesellschaftliche Perspektiven und soziale Teilhabe,
- > Jugendbilder: Darstellung und Wahrnehmung der Vielfalt junger Menschen.

Mit der Jugendstrategie sollen die Interessen und Bedürfnisse Jugendlicher und junger Erwachsener für Politik und Gesellschaft sichtbar werden. Das Bundesjugendministerium setzt sich für eine ressortübergreifende jugendgerechte Politik ein und lädt kommunale, regionale, nationale und europäische Akteure zur Mitwirkung ein.

Mehr Information zur Jugendstrategie finden Sie unter www.jugendgerecht.de



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 2. Jugendkonferenz reisten nicht nur aus verschiedenen Landesteilen an, sondern sind in ihrer Kommune, ihrem Landkreis oder ihrem Bundesland auch in unterschiedlichen jugendpolitischen Zusammenhängen aktiv: in Jugendparlamenten, in Jugendforen und Jugendbeiräten, in Jugendverbänden, in Migrantenjugendselfstorganisationen und Flüchtlingsinitiativen sowie in den 16 Referenzkommunen, die sich im Rahmen der Jugendstrategie seit 2015 auf dem Weg zur jugendgerechten Kommune befinden. Was sie vereint, ist ein Ziel: politische Themen und Diskussionen aus Jugendperspektive zu beleuchten und ihre Vorschläge für eine konsequente Weiterarbeit an diesen Inhalten an relevante jugendpolitische Akteure zu adressieren. Das Programm der Jugendkonferenz war folglich darauf ausgerichtet, die Jugendlichen miteinander ins Gespräch zu bringen und ihre Expertise in moderierten Workshops so aufzubereiten, dass sie Akteuren aus Politik und Zivilgesellschaft nicht nur einen Einblick in die Lebenswelten von jungen Menschen geben, sondern auch künftig dabei unterstützen, für eben diese in all ihrer Vielfalt passende politische Entscheidungen zu treffen bzw. Angebote zu machen.



Den Auftakt der Jugendkonferenz am ersten Veranstaltungstag gestaltete die Koordinierungsstelle in Zusammenarbeit mit dem Bundesjugendministerium, um die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit den Handlungsfeldern der Jugendstrategie bekannt zu machen, sie kamen hier in einen Austausch zu Jugendbeteiligung, Chancengerechtigkeit, zu Jugendbildern und zu Freiräumen. Im Anschluss daran diskutierten die Teilnehmenden im Rahmen eines Jugendpolitischen Abends die Ergebnisse der U18- und der Juniorwahl sowie der Bundestagswahl 2017 mit Vertretungen aus den Mitgliedsorganisationen im Ring politischer Jugend. Zu Gast waren Kevin Hähnel (Junge Union Charlottenburg-Wilmersdorf), Kevin Kühnert (Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD), Roman-Francesco Rogat (Landesvorsitzender der Jungliberalen Berlin), Louisa Hattendorff (Sprecherin

der Grünen Jugend Berlin) und Christoph Barta (Landessprecher der linksjugend`solid). Dank der Methode der Fishbowl-Diskussion, ergänzt durch das digitale Frage- und Abstimmungstool pigeonhole und farbige Stimmungskarten, konnten die Jugendlichen sich auf verschiedene Weisen direkt an der Diskussion beteiligen, Nachfragen stellen und ihre Einschätzungen zu Diskussionsbeiträgen abgeben. Die Fragen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer bezogen sich u.a. auf die Absenkung des Wahlalters, das politische Profil der Jugendorganisationen im Vergleich zu ihren „Mutterparteien“ sowie die Sondierungsgespräche und ihre Auswirkungen auf junge Menschen.

Am zweiten Veranstaltungstag standen sechs Arbeitsgruppen im Mittelpunkt. Im Rahmen dieser erarbeiteten sich die jugendlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Expertinnen und Experten in eigener Sache Einschätzungen, Wünsche und Forderungen zu jugendpolitischen Themenfeldern, die sie am dritten Veranstaltungstag mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Zivilgesellschaft diskutierten. Ein gemeinsamer Besuch in der Kuppel des Bundestages rundete das Rahmenprogramm am Samstagabend ab.



politikorange berichtet:

Jugend trifft Politik - von Jamaika nach Berlin

Polit-Talk à la Anne Will: Jugendpolitiker und Jugendpolitikerinnen stellen sich den Fragen der Teilnehmenden während der #JuKo17. Für Gesprächsstoff sorgten vor allem die Ergebnisse der Bundestagswahl, Inklusion an Schulen und die Alternative für Deutschland.

Der erste Abend der Jugendkonferenz begann in einer angeregten Atmosphäre. Die Teilnehmenden diskutierten im Kontext der vergangenen Bundestagswahlen mit den Vertretern und Vertreterinnen der Jugendparteien. Zuvor präsentierten die Organisationen der „U18-Wahl“ und der „Juniorwahlen“ die Abläufe und Ergebnisse der kürzlich veranstalteten Wahlen für junge Menschen. In einer Gegenüberstellung mit den Ergebnissen der Bundestagswahl wurden die Interessen der Jugendlichen veranschaulicht. Daraufhin wurde eine Fishbowl Diskussion eröffnet, die sofort mit der brisanten Frage nach einer möglichen Jamaika-Koalition zwischen der Union, der FDP und den Grünen startete. Bei Themen wie der Legalisierung von Cannabis herrschte Einigkeit zwischen der Jungen Liberalen und der Grünen Jugend. Auch Kevin Hänel von der Jungen Union sieht in einer möglichen Zusammenarbeit Potenzial im Bezug auf die Digitalisierung der Schulen und bezeichnete Jamaika als „Chancenkoalition“.

Andere Punkte hingegen sorgten für hitzige Debatten zwischen den einzelnen Parteien. „Jamaika kann man nicht schön kiffen“ sagte Louisa Hattendorff (Grüne Jugend) und verwies auf die unterschiedlichen Positionen zu Abschiebungen in Krisenregionen. Ebenso sorgte das Thema Inklusion in Schulen für einen Disput. Auch die Jugendlichen, welche mittels Meinungskarten ihre Zustimmung oder Ablehnung deutlich machen konnten, zeigten reges Interesse für das Thema. Die Junge Union plädierte für getrennte Schuleinrichtungen, wohingegen sich die Grüne Jugend und die Linksjugend klar für einen gemeinsamen Unterricht positionierten. Kevin Kühnert von den Jusos findet, dass sich die Einstellung der Menschen ändern sollte: „Für Inklusion ist ein Kulturwandel in der Gesellschaft erforderlich“.

Natürlich spielte die AfD aufgrund der aktuellen Wahlerfolge eine wichtige Rolle. Damit einhergehend mussten sich die Parteien die Frage stellen, ob ihnen die Bürger und Bürgerinnen noch vertrauen. „Wir müssen die Probleme der Menschen noch besser verstehen“ setzt sich Kevin Hänel zum Ziel. Die AfD hatte an diesem Abend keine Chance selbst Position zu beziehen und die Fragen der Jugendlichen zu beantworten. Auf unsere Nachfrage begründete die Veranstalterin der Konferenz, Heidi Schulze, dass sie eine Veranstaltung mit „demokratisch orientierten Parteien“ führen wolle.

Nach der offiziellen Gesprächsrunde nutzten die Teilnehmenden die Gelegenheit, sich persönlich und vertiefend mit der Jugendpolitikerin und den -politikern auszutauschen und Anregung für die bevorstehenden Arbeitstage zu sammeln.

Text: Isabell und Vincent, politikorange.de





Die sechs Arbeitsgruppen wurden jeweils von jugendpolitischen Gestaltungspartnern vorbereitet und durchgeführt. Jede Arbeitsgruppe gestaltete ihren Schwerpunkt anhand von Leitfragen, die zur Fokussierung des Themas dienten. Die Jugendlichen verbrachten den gesamten Samstag in ihrer jeweiligen selbst gewählten Arbeitsgruppe.

Am Sonntag stellten sie ihre Forderungen und Empfehlungen im Plenum vor. Um die Anliegen und Forderungen der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in der aktuellen jugendpolitischen Debatte zu verorten und sie gleichsam direkt in die Arbeitszusammenhänge von politischen Akteuren auf Bundesebene zu transportieren, waren für den dritten Veranstaltungstag jugendpolitische Gestaltungspartner zur Jugendkonferenz geladen:



- > Ina Bielenberg (adb – Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten)
- > Eva-Lotta Bueren (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ)
- > Jörg Freese (Deutscher Landkreistag)
- > Michael Matzke (Referat Demokratieförderung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- > Andrea Pingel (JUGEND für Europa)
- > Jana Schröder (Referat Eigenständige Jugendpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend)
- > Miriam Wolters (Deutscher Bundesjugendring)

Die Vertreterinnen und Vertreter der Gestaltungspartner hörten am Vormittag die Präsentationen der Arbeitsgruppen vom Vortag, berieten sich in der Mittagspause und stellten den Jugendlichen am Nachmittag vor, wo und wie deren Forderungen aufgenommen und umgesetzt werden können oder es bereits sind. Um die Kommentierung der Gestaltungspartner allen Teilnehmenden live zugänglich zu machen, wurde sie mithilfe eines Graphic Recordings visualisiert.



AG Engagement für Europa



Mehr Europa! Bessere Vernetzung! Mobilität fördern!

Die AG „Engagement für Europa“ wurde von den Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) in Kooperation mit JUGEND für Europa gestaltet.

Die Leitfragen

- > Wie nehmen Jugendliche Europa wahr? Wo betrifft Europa junge Menschen ganz konkret?
- > Wie nehmen Jugendliche in Deutschland die Lebensrealitäten von Jugendlichen in anderen europäischen Ländern wahr, z.B. in Bezug auf Jugendarbeitslosigkeit und Bildungschancen?
- > Welche Chancen bietet Europa Jugendlichen?
- > Wo und wie kann Europa als Thema und als „Wertegemeinschaft“ von jungen Menschen mitgestaltet werden?
- > Wie kann jugendliches Engagement für Europa konkret aussehen?

In der AG „Engagement für Europa“ beschäftigten sich die Teilnehmenden intensiv mit den Fragen „Wie schaffen wir mehr europäische Identität?“ und „Wie tragen wir dazu bei, dass tatsächlich alle jungen Menschen von Europa profitieren?“ Die Forderungen bezogen sich u.a. auf Mobilität für alle Jugendlichen, mehr Partizipation und Demokratie in den Europäischen Strukturen und Institutionen und mehr europäische/politische Bildung. Das Thema „europäische/internationale Mobilität“ für alle Jugendlichen – beispielsweise auch Auszubildende oder Jugendliche, die von Behinderung oder Benachteiligung betroffen sind, wurde in der abschließenden AG-Feedbackrunde als ein zentrales Anliegen aufgegriffen und auch von den beteiligten AG-Leitungen bekräftigt. Gleichsam bestand auch ein großes Interesse an der Diskussion von allgemeineren Fragen der europäischen Sicherheits- und Außenpolitik sowie der Finanzpolitik und insgesamt der Zukunft Europas. Einig waren sich die Teilnehmenden in einer Sache: Wir brauchen mehr Europa!



Die Forderungen

Die AG Engagement für Europa gibt Empfehlungen und Forderungen in vier von den Teilnehmenden selbst gesetzten Handlungsfeldern ab:

1. „Thema Europa“



Die AG-Teilnehmenden sind sich einig darüber, dass Europa für Frieden, offene Grenzen und Solidarität steht. In diesem Sinne wünschen sie sich, dass mehr junge Menschen für Europa begeistert werden können und sichtbare Verbesserungen an ihrem Verhältnis zu Europa als auch zu ihren Lebensbedingungen vorgenommen werden, z.B. in der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Durch die Verringerung der nationalen Eigeninteressen, eine Orientierung an europäischen Werten und einen Transfer dieser Werte auf schulische Bildung könne Europa demokratisch belebt werden.

2. Mehr Mobilität in ganz Europa

Die AG spricht sich für eine Stärkung und den Ausbau des lokalen und europaweiten Verkehrs sowie einen kostenfreien Nahverkehr aus. Studierende sowie Schülerinnen und Schüler sollen Zuschüsse zu Bahntickets erhalten und anhand von mehr medialer Öffentlichkeitsarbeit dazu angeregt werden, Austauschmöglichkeiten mit Jugendlichen aus anderen EU-Staaten zu nutzen, um so ein erhöhtes Verständnis für Europa zu erlangen. Ein kostenfreies Interrail-Ticket für junge Menschen zwischen 16 und 25 Jahren sei ein Beispiel dafür, wie man eine bessere europäische Vernetzung von Jugendlichen in Europa herstellen könnte. Insbesondere junge Menschen aus niedrigen Einkommens- und Bildungsschichten sollen gezielt für dieses Vorhaben angesprochen werden.

3. „Bildung“ europäisch gestalten

Um die europäische Identität junger Menschen zu stärken, empfiehlt die AG einen sogenannten „Europa-Unterricht“ in der Schule, beispielsweise in Form von Politik-Unterricht. Zudem sollten Europa-Kindergärten und die Juniorwahlen an Schulen unterstützt werden. Gleichsam positioniert sich die AG gegen den deutschen Bildungsföderalismus, da dieser Chancengerechtigkeit für alle jungen Menschen erschwere. Eine EU-einheitliche Ausbildung von Lehrkräften, wie sie die AG fordert, würde jedoch mehr Chancengerechtigkeit unter jungen Europäerinnen und Europäern ermöglichen.

4. „Vereinigte Staaten Europas“

Bezüglich der Strukturen Europas fordert die AG eine Reform der EU-Institutionen und des EU-Wahlrechtes ebenso wie eine einheitliche Wahlalterabsenkung auf 16 Jahre. Auch eine Ausweitung des Wahlrechtes auf alle EU-Bewohnerinnen und –Bewohner, die mehr als drei Jahre in der EU leben, könnte, so die AG, ein höheres Maß an Partizipation fördern. Die AG spricht sich außerdem für ein gewähltes Jugendparlament auf EU-Ebene mit Rede- und Antragsrecht im Europäischen Parlament aus sowie die Nutzung des wissenschaftlichen Dienstes für dessen Mitglieder. Abschließend verdeutlichte die AG, dass insbesondere im Bereich der politischen Bildung mehr Jugendliche erreicht werden sollten, zum Beispiel durch Projekte wie den Strukturierten Dialog.



Kommentierung der Expertinnen und Experten

Andrea Pingel, Projektkoordinatorin bei JUGEND für Europa, lobte die tiefgehende Auseinandersetzung der Arbeitsgruppe mit den vielfältigen Aspekten dieses aktuell besonders wichtigen Themas „Europa“. Die Forderungen deckten wesentliche Aspekte ab, die auch in die EU-Jugendstrategie einfließen können: Zum einen sei es vonnöten, die europäische Identität zu stärken und gleichsam das Wissen über Europa breit zu streuen; zum anderen müsse die Frage nach europäischer Mobilität für alle junge Menschen bedacht werden, wie sie die AG am Beispiel des Interrail-Tickets ausgeführt habe. Eine Schnittstelle zum Thema Chancengerechtigkeit bestehe darin, alle Menschen bei Europa mitzudenken, nicht nur die, die sich sowieso schon mit dem Thema auseinandersetzen. Ein geeignetes Mittel zur Beteiligung junger Menschen nicht nur an der EU-Jugendstrategie, sondern insgesamt an EU-weiten Fragestellungen, sei aus ihrer Sicht der strukturierte Dialog, der zurzeit in einem europaweiten Dialogprozess Jugendliche zu ihren europäischen Erfahrungen und Schwerpunktthemen befrage.

„Alte Ideen weitergesponnen und neue entwickelt beschreibt unsere Arbeitsgruppe gut. Besonders der Punkt an dem wir eine Nachrichtensendung in 2030 darstellen sollten, ob als Utopie oder als Dystopie war hier egal, war sehr spannend.“

*Carla (16) vom Kinder- und Jugendparlament
Tempelhof-Schöneberg in Berlin*

HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT

Andrea Pingel
Jugend für Europa

EUROPA
brennt auf den Nägeln

Wir wollen mehr
Europa

AG EUROPA

Die Antworten

EU - Jugendstrategie

- Identität stärken
- Wissen verbessern
- Mobilität bedenken
- alle miteinbeziehen

Strukturierter Dialog
als Mittel der
Beteiligung

Amnepanter.de



AG Politische Bildung und Jugendbeteiligung

Mehr Beteiligung! Mehr Selbstbestimmung! Wirksame Strukturen!

Für die AG Politische Bildung und Jugendbeteiligung zeichneten sich die Werkstatt MitWirkung des Deutschen Bundesjugendrings, der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten sowie das Projekt jugend.beteiligen. jetzt verantwortlich.

Die Leitfragen

- > Wo und wie erleben Jugendliche in ihrem Alltag Beteiligungsmöglichkeiten?
- > Wo und wie wünschen sich Jugendliche beteiligt zu werden?
- > Sollte Jugendbeteiligung auf politischer Ebene institutionell verankert sein und wenn ja, wo und wie?
- > Von welchen Akteuren und Institutionen möchten sie konkret beteiligt werden?
- > Welche Beteiligungsformate sind für sie sinnvoll?
- > Wo findet im Alltag Jugendlicher Demokratiebildung statt? Wo sollte sie stattfinden?



Die Teilnehmenden an der AG beschäftigten sich in ihrer Diskussion u.a. mit der gesetzlichen Verankerung von Jugendbeteiligung auf allen Ebenen, der Herabsenkung des Wahlalters und der Stärkung von Selbstorganisation und tauschten sich zu eigenen Best-Practice-Beispielen aus. Einig waren sie sich darin, dass Jugendlichen größtmögliche Selbstbestimmung geboten werden muss und dass dazu auch eine verlässliche Finanzierung von Jugendverbänden und Jugendgremien gewährleistet sein muss. Kontrovers diskutiert wurden hingegen der Jugendbegriff und seine Eingrenzung bis 27.





Die Forderungen

Die AG Politische Bildung und Jugendbeteiligung hat 12 Forderungen entwickelt:

- > Politische Beteiligung muss allen Jugendlichen ermöglicht werden.
- > Jugendliche müssen über die Beteiligungsmöglichkeiten auf allen Ebenen informiert werden.
- > Die Einbindung von Plattformen soll einen niederschweligen Einstieg in die Partizipation ermöglichen.
- > Best-Practice-Beispiele von Jugendbeteiligung müssen erfasst und öffentlichkeitswirksam beworben werden.
- > Bei Jugendbeteiligung sollen Menschen mit Behinderung durch eine Quote vertreten sein.
- > Jugendpartizipationsprojekte sollen mehr Mittel erhalten, über die sie selbst verfügen können.
- > Junge Menschen müssen in alle politischen Entscheidungen einbezogen werden.
- > Politik muss zur Schaffung von wirksamen Beteiligungsstrukturen auf allen Ebenen verpflichtet werden
- > Jugendparlamente sollten bundesweit einheitlich (durch einen Dachverband) vertreten werden.
- > Jugendgremien sollen sich ihre Regeln und Arbeitsweisen selbst geben.
- > Die Jugendhilfe und Jugendlichen erarbeiten ein Selbstverständnis für ihre gemeinsame Arbeit.
- > Das Wahlalter muss reformiert werden.



„Ich war in der AG Jugendbeteiligung und Jugendpolitik. Ich habe aus der AG viele neue Eindrücke mitgenommen, vor allem, dass die Probleme in verschiedenen Bereichen Deutschlands sehr unterschiedlich sind. Worüber wir uns jedoch einig waren, ist, dass es keine Scheinbeteiligung geben darf, Jugendliche bei allen Fragen und Themen einbezogen werden müssen und Erwachsene sich auch manchmal (öfter) raushalten sollten. Ich habe durch meine AG viele spannende neue Leute kennengelernt.“

Tina (23) vom Jugendforum Mansfeld-Südharz

Die Kommentierung der Expertinnen und Experten

Ina Bielenberg (AdB – Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten) und Michael Matzke (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) waren sich einig: Das Interesse und Engagement der Arbeitsgruppe sei großartig – und ziehe sich als Querschnittsthema ebenfalls durch die anderen AG-Themen. Ina Bielenberg, als Vertreterin der außerschulischen Bildung, stimmte den Forderungen der Arbeitsgruppe zu, denn sie seien gleichsam Positionen, die für ihren Bereich von großer Bedeutung sind. Jugendbeteiligung bedeute auch, sich auf den Weg zu machen und neue Ansätze politischer Bildung zu suchen und zu wagen. Dabei sei es besonders wichtig, auch jene jungen Menschen zu beteiligen, die bislang nicht befragt worden sind oder vielleicht auch gar nicht wüssten, dass ihre Stimme gehört werde und dass sich Mitsprache lohne. Michael Matzke betonte die Relevanz von Jugendbeteiligung in den Strukturen der Jugendforen im Projekt „Demokratie leben!“. Die Teilhabe junger Menschen nicht nur durch die Jugendforen vor Ort, die im Rahmen der „Partnerschaften für Demokratie“ stattfinden, sondern auch in den Begleitausschüssen, sei ein zentrales jugendpolitisches Instrument bei „Demokratie leben!“ – und werde inzwischen von einigen Kommunen auch als Motivation gesehen, über das Projekt hinaus Jugendbeteiligung zu verankern. Dies solle auch weiterhin unterstützt werden.



AG Chancengerechtigkeit

Mehr Förderung! Bessere Ausstattung!

Individuelle Lösungen!

Die AG Chancengerechtigkeit wurde vom Bundesjugendwerk der Arbeiterwohlfahrt vorbereitet und durchgeführt.

Die Leitfragen

- > Welche Angebote für mehr Chancengerechtigkeit kennen Jugendliche überhaupt aus eigenem Erleben bzw. aus ihrer Umwelt?
- > Wo und wie erleben Jugendliche, dass sie oder andere aufgrund ihrer Herkunft, ihrer Fähigkeiten, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer sexuellen Orientierung, ihrer Sprache diskriminiert werden?
- > Welche Angebote und welche Haltungen erwarten junge Menschen, die Unterstützung benötigen?
- > Wie sähe ein wertschätzender Umgang mit jugendlicher Vielfalt aus? Was braucht es dafür?
- > Wie stellen sich Jugendliche eine Gesellschaft vor, in der alle Menschen die gleichen Chancen haben?



Die zentralen Diskussionsthemen der AG Chancengerechtigkeit waren (Aus-)Bildungsgerechtigkeit, bezogen auf Hürden im Bildungssystem und Belastungen, Geschlechtergerechtigkeit im Alltag und auf dem Arbeitsmarkt, Teilhabe an Politik und Gesellschaft, Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement und Räume sowie Integration. Die Teilnehmenden thematisierten vor allem Ungerechtigkeiten, die sie aus ihrem eigenen Alltag kannten. So wurde am ausgiebigsten über das Thema Bildung gesprochen und darüber, dass Benachteiligung im Bildungssystem dazu führt, dass junge Menschen nicht am politischen und gesellschaftlichen

Leben teilhaben können. Einig waren sich die Teilnehmenden u.a. auch darin, dass Ehrenamt nicht genügend gefördert werde und mehr gesellschaftliche Anerkennung brauche.

Die Forderungen

Die Teilnehmenden an der AG Chancengerechtigkeit haben in drei großen Handlungsfeldern Probleme und Herausforderungen analysiert und diskutiert, für die sie konkrete Forderungen und Empfehlungen abgegeben haben.

1. (Aus)Bildungsgerechtigkeit

Fokus: Benachteiligung

Probleme	Forderungen
Bildung hängt stark vom Geld ab.	Keine Schul- und/oder Studiengebühren
Inklusion als Herausforderung	Schulische Konzepte sollen integrativ und inklusiv sein und individuelle Förderungsmöglichkeiten berücksichtigen.
Unbegleitete minderjährige Ausländer („UMA“) werden benachteiligt. Es gibt nicht genug Deutschkurse für Asylsuchende. Junge Menschen mit Migrationshintergrund werden in Sachen Bildung benachteiligt.	Herkunft sollte keine Rolle spielen. Interkulturelle als auch soziale Bildung sollte Teil des Lehramtsstudiums sein.

Fokus: Lehrpersonal

Probleme	Forderungen
Lehrkräftemangel Stunden und Schulfächer fallen ersatzlos aus. Das Lehrpersonal ist fachfremd.	Mehr Lehrkräfte sollen durch Lohnerhöhung und durch die Erleichterung eines Quereinstiegs angeworben werden. Lehrende sollen besser ausgebildet werden. Inklusive Pädagogik sollte Teil des Lehramtsstudiums sein.

Fokus: System

Probleme	Forderungen
Das Bildungssystem ist ungerecht. Schulische Abschlüsse werden unterschiedlich anerkannt.	Bildung muss verbessert werden. Lehrpläne müssen angepasst werden.
Deutschlandweit gibt es sehr unterschiedliche Bildungs- und Schulsysteme als auch Bildungsinhalte.	Alle Menschen sollten Zugang zu einem vergleichbaren Abschluss haben.

Fokus: Schülerinnen und Schüler

Probleme	Forderungen
Schülerinnen und Schüler werden zu wenig individuell gefördert.	Förderung von Studierenden und Auszubildenden
Vergütung für Ausbildungsberufe ist intransparent und ungerecht.	Garantiertes Einkommen für Auszubildende, das die Lebenshaltungskosten deckt.
Bildungseinrichtungen sind geografisch nicht gut erreichbar.	Kostenfreies ÖPNV-Ticket für Schülerinnen und Schüler, Studierende und Auszubildende Kostenfreie Verpflegung
Der Leistungsdruck ist hoch („Lernen für die Schule, nicht für das Leben“)	Individuelle Interessen der Schülerinnen und Schüler müssen im Lehrplan berücksichtigt werden.
Themen nahe an der Lebensrealität werden nicht in der Schule vermittelt und sind stark vom Elternhaus abhängig.	Erweiterung der Unterrichtsinhalte um praktisches Wissen

2. Geschlechtergerechtigkeit

Fokus: Gesellschaft

Probleme	Forderungen
Sexismus und klischeerte Rollenbilder werden offen gelebt.	Empowerment
Werbung ist häufig sexistisch.	Auflösung von stereotypen Rollenbildern in den Medien
„Mansplaining“	Antisexistische Workshops



Fokus: Arbeit

Probleme	Forderungen
Frauen und Männer werden bei gleicher Arbeit ungleich bezahlt.	Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!
Es wird zwischen „männlichen“ und „weiblichen“ Berufen unterschieden.	Förderung des Ausgleichs von Arbeit und Familie
Frauen machen mehr Care Work.	

Fokus: Gender

Probleme	Forderungen
Geschlechter, die zwischen Mann und Frau angesiedelt sind, werden im öffentlichen Diskurs nicht beachtet.	Sensibilisierung durch angemessenen Sexualkundeunterricht, der sich nicht allein auf Geschlechterbinarität bezieht. Das Konzept Mann/Frau muss sprachlich erweitert werden, indem man zum Beispiel von „Menschen“ oder „Personen“ spricht.

3. Teilhabe

Fokus: Politik

Probleme	Forderungen
Nicht allen jungen Menschen wird gleichermaßen politische Teilhabe gewährt.	Politische Teilhabe muss niedrighwelliger gestaltet werden. Teilhabe muss bei sehr wichtigen Entscheidungen sowohl in der Schule als auch außerhalb der Schule ermöglicht werden. Das Wahlrecht muss reformiert werden. Kinder- und Jugendpartizipation muss unterstützt werden.

Fokus: Gesellschaft

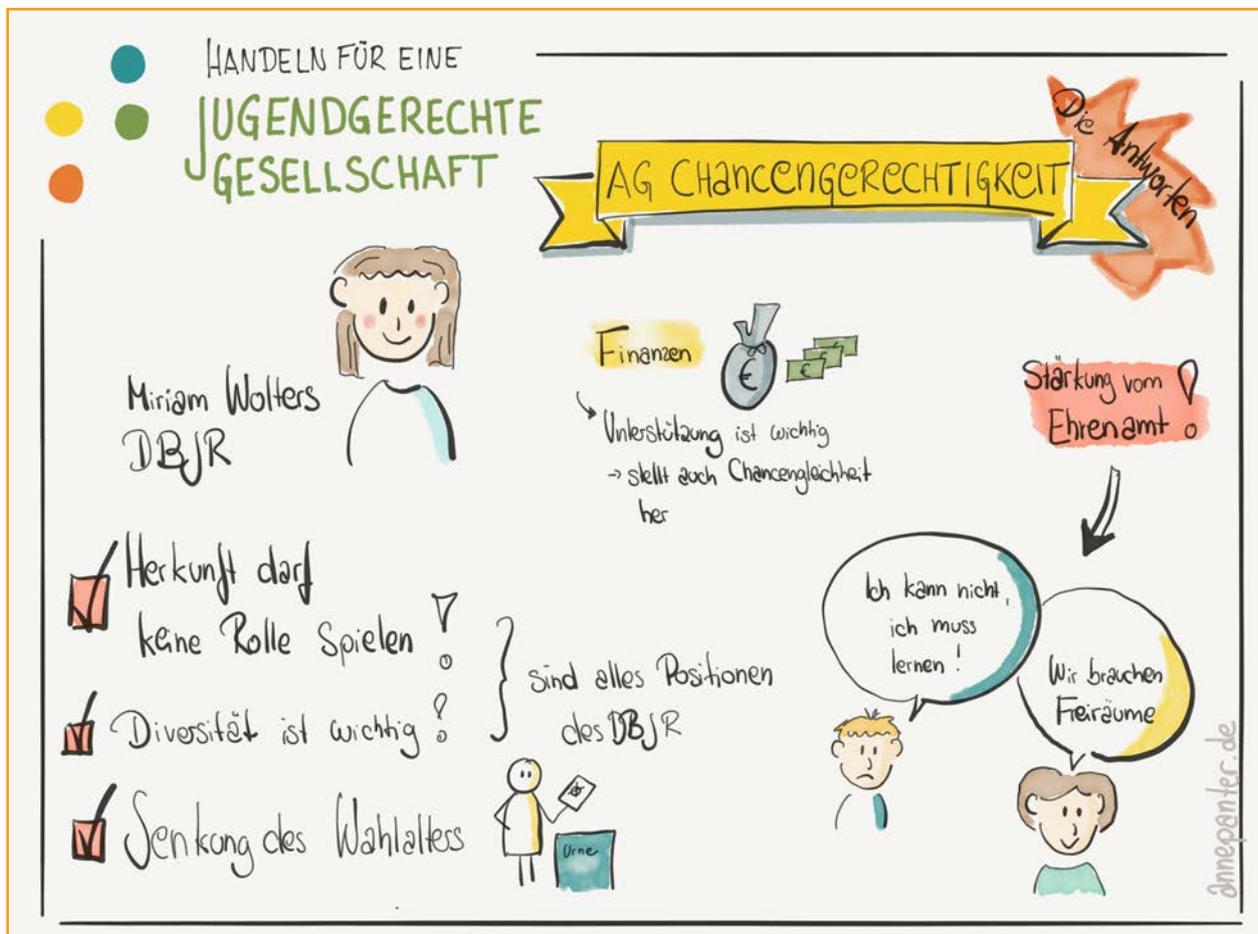
Probleme	Forderungen
Es gibt zu wenig Barrierefreiheit.	Barrierefreiheit überall und für alle!
Gesellschaftliche Teilhabe hängt von der finanziellen Ausstattung ab.	Finanzierung von Freizeiten und Freizeitaktivitäten für Kindern aus sozial benachteiligten Familien Kinderbetreuung für öffentliche/politische Veranstaltungen

Fokus: Ehrenamt

Probleme	Forderungen
Ehrenamtliches Engagement wird nicht ausreichend gefördert, z.B. in jugendpolitischen Organisationen	Außerschulische Bildungsangebote zur sozialen Gerechtigkeit
„Freiwilliges Engagement muss man sich leisten können.“	Mehr Anerkennung und Förderung von ehrenamtlichem Engagement (z.B. durch Fahrtkostenerstattung)

Die Kommentierung der Expertinnen und Experten

Miriam Wolters, Vorstandsmitglied im Deutschen Bundesjugendring, verdeutlichte zu Beginn ihres Kommentars, dass das Thema Chancengerechtigkeit besonders vielschichtig sei, weshalb sie die Arbeitsgruppe dafür lobte, es so detailreich und tiefgehend diskutiert zu haben. Die Absenkung des Wahlalters sei auch eine Forderung des Deutschen Bundesjugendrings, denn dadurch könnten junge Menschen formal in der Politik mitbestimmen und so auch mehr gesamtgesellschaftliche Beachtung finden. Miriam Wolters betonte auch, dass zur Chancengerechtigkeit auch die Frage nach der finanziellen Ausstattung gehöre, gerade wenn es um die Rahmenbedingungen ehrenamtlicher Tätigkeit gehe. Hier sei auch das Thema „Freiräume“ wichtig, das jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Möglichkeit bieten solle, sich außerhalb von Schule zu engagieren, ohne dass diese Räume verzweckt werden.





„Meine AG zu Chancengerechtigkeit hat mir vor allem gezeigt, wie groß und wie wichtig das Thema Gerechtigkeit doch ist. In Debatten um Themen wie ‚Ist Gleichheit gerecht?‘ oder die Frage, wie ungleich etwa Reichtum und Bildung verteilt sind, habe ich nicht nur viel neues Wissen sammeln dürfen, das ich nun in Debatten um das Thema einbringen kann, ich habe auch einmal mehr einen Denkanstoß und einen Anstoß zum Handeln bekommen - gegen Chancenungerechtigkeit.“

Lea (20) aus der Jugendgerechten Kommune Hannover

AG Jugendgerechte Schule

Mehr Mitbestimmung! Mehr Selbstbestimmung!

Bessere Ausstattung!

Für die Vorbereitung und Durchführung der AG Jugendgerechte Schule konnte das SV Bildungswerk gewonnen werden.

Die Leitfragen

- > Wo und wie erleben Jugendliche, dass sie ihre Schule aktiv mitgestalten können?
- > Welche Möglichkeiten haben Jugendliche, sich an der Gestaltung ihres Schulalltags, ihrer Lernumgebung und der Schule als Lebensort zu beteiligen?
- > Wo wünschen sich Jugendliche Einfluss auf Bildungspolitik und Lehrpläne?
- > Wie sind junges Engagement und die Anforderungen an Schülerinnen und Schüler miteinander vereinbar?

Obwohl oder gerade weil schulische Bildung Ländersache ist, diskutierten die Teilnehmenden an der AG Jugendgerechte Schule umso engagierter über den Bildungsföderalismus und seine Vor- und Nachteile. Einige waren sie sich u.a. darin, dass Bildung für nachhaltige Entwicklung, Digitalisierung und Kompetenz statt Wissensorientierung eine besondere Rolle in der Schule spielen sollte.

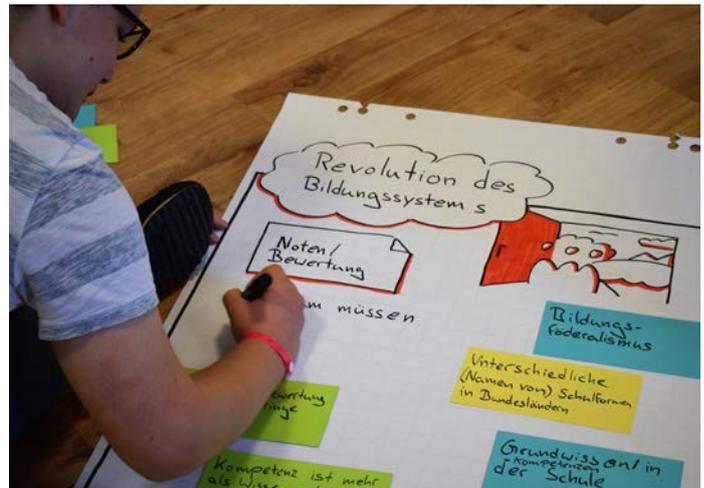
Die Forderungen

Die Teilnehmenden an der AG Jugendgerechte Schule formulierten zum einen konkrete Forderungen an die Politik und entwarfen zum anderen auch eine größere Vision davon, wie sie sich Schule in einer (nahen) Zukunft vorstellen: Der Bildungsföderalismus dürfe sich nicht negativ auf das Bildungssystem auswirken. Das Beurteilungssystem nach Noten müsse überdacht werden. Kinder und Jugendliche sollen nach Leistung, aber nicht nach Alter in Klassen, Stufen oder Kurse eingeteilt werden, um individuell besser fördern zu können. Scheinbar natürliche Hierarchien im Lebensraum Schule sollten hinterfragt werden, um mehr Teilhabe aller zu erreichen. Nicht zuletzt solle Lernen selbstbestimmter werden.



Inklusion und Integration

- > Multiprofessionelle Teams: für jede Schule mindestens einen Sozialarbeiter/eine Sozialarbeiterin
- > Mehr verbindliche Fortbildungen zum Thema, Verortung im Lehramtsstudium
- > Barrierefreie Schulen
- > Öffnung „normaler“ Ausbildung für Jugendliche mit Förderschulabschluss; Perspektiven für Förderschülerinnen und -schüler
- > Möglichst schneller Übergang an Regelschulen für junge Geflüchtete
- > Flexiblere Regelungen zur Versetzung
- > Bessere Anerkennung ausländischer Abschlüsse



Ausstattung

- > Weiterentwicklung von Schulen zu Orten lebenslangen Lernens
- > Mehr Geld für die Sanierung von Schulen
- > Mehr Lehrkräfte gegen Unterrichtsausfall

Unterrichtsgestaltung und Unterrichtsmaterialien

- > Keine Trennung von Inhalt und Methode
- > Keine Notenwertung an Grundschulen
- > Unterrichtsausrichtung an aktuellen Themen, Realitätsbezug
- > Interessanterer Unterricht mit neuen Medien
- > Unterricht muss abwechslungsreich sein, nicht nur Gruppenarbeit, Vortrag und Frontalunterricht
- > Unterricht zur Vermittlung von Medienkompetenz und nachhaltigem Konsum, Klima- und Umweltschutz
- > Mehr Ethik-Unterricht, der eigene Auseinandersetzung mit Themen ermöglicht
- > Lebenskunde-Unterricht, der von der Mülltrennung bis zur Steuererklärung alle relevanten Dinge für das Leben vermittelt
- > Mehr Geld für Fortbildungen
- > Einheitliche Lernmaterialien
- > Mehr Unterstützung für Familien und die Lernmittelbeschaffung

„Die jugendgerechte Schule ist als zentraler Lebensbestandteil der Jugendlichen ein wesentlicher Arbeitsbereich für die Jugendpolitik auf allen Ebenen. Ich persönlich konnte für das Jugendparlament der Stadt Leipzig insbesondere mitnehmen, was Kommunalpolitik tun kann, um dieses Umfeld zu verbessern, musste aber leider auch einsehen, dass wesentliche Aufgaben den Ländern übertragen sind und unser Einfluss dahin noch verbessert werden muss.“

Max (19) vom Jugendparlament Leipzig

Digitalisierung

- > Digitale Lernmaterialien sollen frühzeitig zur Verfügung gestellt werden
- > Zusätzliche digitale Materialien zur gezielten Förderung im, nach und vor dem Unterricht
- > Anschaffung von Tablets und/oder Smartphones in allen Klassen nach gefestigtem Erlernen der Handschrift: schnellerer Transport von Daten, Zugriff auf Wissen, Online-Prüfungen möglich, leichter und aktueller als Bücher.
- > Fortbildungen im Bereich Digitalisierung für Lehrerinnen und Lehrer

Mitbestimmung und demokratische Bildung

- > Stärkung von jugendlichen Interessen an Politik durch die Schule
- > Mehr Auseinandersetzung mit dem Grundgesetz
- > Brücken zum Geschichts- und Ethikunterricht bauen
- > Fokus auf aktuelle Debatten



Zusammenfassung der Forderungen:

- > Mehr Geld zur Instandsetzung der Schulen und zur Unterstützung der Lehrkräfte
- > Endlich Inklusion richtig umsetzen
- > Schule als Ort des lebenslangen Lernens
- > Klare Trennung zwischen Methoden und Inhalt
- > Einheitliche Unterrichtsmaterialien für alle
- > Abschaffung von Schulbüchern und vollkommene Umstellung auf Tablets und Laptops
- > Bessere und häufigere Fortbildung von Lehrern zu Themen wie Inklusion und moderne Technik
- > Schulen müssen dazu verpflichtet sein, politisches Interesse zu wecken und mit Fächern oder Veranstaltungen die Jugend dafür zu mobilisieren, sodass sie Lobbyisten in eigener Sache werden können.
- > Mehr projektbezogenes, fächerübergreifendes Lernen
- > Umgestaltung des Bewertungssystems
- > Unterricht, der besser auf die zukünftigen Herausforderungen vorbereitet
- > Durch Digitalisierung entstehende Freiräume nutzbar machen
- > Chancengerechtigkeit durch Übernahme von Nachhilfe bei Schülerinnen und Schülern aus Familien, die das nicht bezahlen können.

Die Kommentierung der Expertinnen und Experten

Eva-Lotta Bueren (Referentin für Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ) und Jörg Freese (Deutscher Landkreistag) freuten sich über die detaillierten Beobachtungen und Forderungen der Arbeitsgruppe, insbesondere lobten sie die Unterscheidung zwischen Vision und Forderung bzw. „Revolution“ und „Reform“. In der AGJ steht zurzeit das Thema „Politische Bildung“ auf der Agenda eines Fachausschusses (ein Gremium aus Fachleuten für ein bestimmtes Themenfeld in der Kinder- und Jugendhilfe), weshalb Eva-Lotta Bueren die Forderungen der Arbeitsgruppe bezüglich einer tiefer gehenden Verankerung von politischer Bildung an Schulen direkt mit in den Fachausschuss nehmen werde. Wichtig in diesem Zusammenhang sei auch die Empfehlung der Arbeitsgruppe, non-formale Bildung im schulischen Rahmen zu stärken. Jörg Freese betonte, dass der Bildungsföderalismus auch Vorteile habe und es über Ländergrenzen hinweg ein Einvernehmen darüber gebe, dass für Schulen und deren zeitgemäße Ausstattung gesorgt sein müsse. Besonders am Herzen lag Jörg Freese, dass Schule auch als Ort der Persönlichkeitsbildung anerkannt werden müsse.

● ● ● ●

HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT

AG Jugendgerechte Schule *Die Antworten*

Eva-Lotta Bueren (AGJ) Jörg Freese (DLT)

Toll 😊

Unterscheidung von
Reform und Revolution!

Ausstattung 📱

↳ Wie kann das nachhaltig
gestaltet sein?
→ Thema: Vernetzte Geräte

Politische Bildung 📖

AGJ → ja, muss verbessert
und ausgebaut werden
↳ ebenso **AUSSTATTUNG**

Persönlichkeits-
bildung → sollte auch in
der Schule statt-
finden

Föderalismus ist nicht
Schlecht - hat auch
Vorteile

aber → für Schulen muss
gesorgt werden

anneponer.de

AG Ausbildung, Beruf, Studium

Abschlüsse anerkennen! Besser informieren!

Gezielter unterstützen!



Die Deutsche Beamtenbund-Jugend (dbb Jugend) leitete die AG Ausbildung, Beruf und Studium.

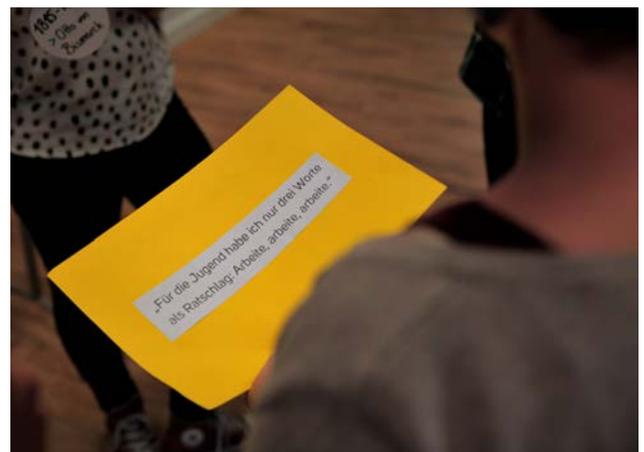
Die Leitfragen

- > Wie erleben junge Erwachsene den Übergang von Schule zur Ausbildung, zum Beruf, zum Studium?
- > Welche besonderen Bedürfnisse haben Auszubildende, junge Berufstätige und Studierende, welche Interessen haben sie?
- > Wo und weshalb entstehen Probleme und Herausforderungen in diesen drei Feldern?
- > Wie sind junges Engagement und die Anforderungen an Studierende, Auszubildende und junge Berufstätige miteinander vereinbar?

Die Teilnehmenden an der AG Ausbildung, Beruf und Studium beschäftigten sich in ihrer Diskussion u.a. damit, wie die Schule junge Menschen auf das Leben nach der Schule vorbereitet, inwiefern Schulabschlüsse bundesweit miteinander vergleichbar sind und welche Möglichkeiten es gibt, sich ein Studium zu finanzieren. Hohe Zustimmung gab es zum Eindruck, dass das Bildungssystem in Deutschland für wenig Vergleichbarkeit Sorge, während sie insbesondere den Zugang zu Universitäten für ausländische Studierende kontrovers diskutierten.

Die Forderungen

Die AG Ausbildung, Beruf, Studium spricht sich für den Abbau von Hürden für die Anerkennung von Schul-, Ausbildungs- und Studienabschlüssen aus wie auch für eine bessere Vergleichbarkeit von Abschlüssen im föderalen Bildungssystem. Im Zuge dessen empfiehlt sie die Schaffung einheitlicher Rahmenbedingungen für Abschlussprüfungen an Schulen und insgesamt eine bessere personelle als auch finanzielle Ausstattung von Schulen, sei es mit Lehrenden, Schulsozialarbeiter/-innen oder auch mit Lernmaterialien. Die Teilnehmenden an der AG wünschen sich außerdem bessere Informationen zu den Möglichkeiten nach der Schule, z.B. zu freiwilligem Engagement.



Konkret fordern die Teilnehmenden:

- > Mehr bezahlbarer Wohnraum für Auszubildende/Studierende
- > Kostenfreie Lehr- und Ausbildungsmaterialien für Ausbildung und Studium
- > Umwandlung von NC-Studiengängen in Studiengänge mit Eignungstest
- > Gleiche Zugangsvoraussetzungen für anerkannte Flüchtlinge
- > Kleinere Klassen (max. 15 Schülerinnen und Schüler) für effektiveres Lernen und besseres Bildungsniveau
- > Mehr verpflichtende Praktika
- > Hauswirtschaft als Pflichtschulfach
- > Mindestlohn für die Ausbildung
- > Bei Bedarf im Betrieb garantierte Übernahme
- > Kostenloses Coaching zu Bewerbungen und Lohnverhandlungen nach Ausbildung/Studium
- > Bessere Möglichkeiten zur Freistellung für ehrenamtliches Engagement für Auszubildende



Die Kommentierung der Expertinnen und Experten

Eva-Lotta Bueren (Referentin für Jugendpolitik bei der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ) und Andrea Pingel (JUGEND für Europa) verorteten die AG-Ergebnisse im Lichte des 15. Kinder- und Jugendberichtes. Insbesondere die Übergänge zwischen Schule und Ausbildung oder Studium und später zum Beruf seien ein zentrales Thema der Jugendpolitik, wie sie im Kinder- und Jugendbericht skizziert wird. Gerade die Suche nach einem Ausbildungsplatz zeige, wie vielfältig – auch und gerade in Zeiten des Fachkräftemangels

– die politischen Felder sind, die davon betroffen seien: Jugendpolitik, Wirtschaftspolitik als auch Arbeitsmarktpolitik. Die Forderung der AG, dass die Vorbereitung auf das Berufsleben innerhalb der Schule bereits praktischer sein müsse, unterstützten die beiden Expertinnen, denn dies gelte für alle Schulformen und nicht nur für bestimmte Schularten.

**HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**

Die Antworten



Eva-Lotta Bueren
AGJ



Andrea Pingel
Jugend für Europa

Thema Übergänge

Schule

→

Ausbildung

→

Beruf

Zentrales Thema der Jugendpolitik

! Vorbereitung in der Schule
muss praktischer werden



Wohnraum

▷ SGB VIII (13,3)
↳ eigentlich Auftrag der Jugendhilfe für genug Wohnraum zu sorgen

Ausbildungsplatzsuche

- Fachkräftemangel
- viele freie Plätze
- hohe Hürden(?)

}

Jugendpolitik
Wirtschaft
Arbeitsmarktpolitik

annepant.de



In meiner AG haben wir uns damit beschäftigt, was für Möglichkeiten Jugendliche nach der Schule haben. Dabei ist uns aufgefallen, dass es nicht immer traditionell sein muss (sprich Schule-Studium-Arbeiten), es geht auch anders. Wir haben gelernt, dass es sich lohnt sich zu informieren, da es sehr viele Möglichkeiten gibt dem normalen langweiligen Leben zu entgehen. Eine interessante Beobachtung war, dass innerhalb von Deutschland sich die Schulsysteme stark voneinander unterscheiden und dass es viele Ungleichheiten gibt.“

Ricardo (17) aus dem Jugendforum in Worms

AG Jugendbilder

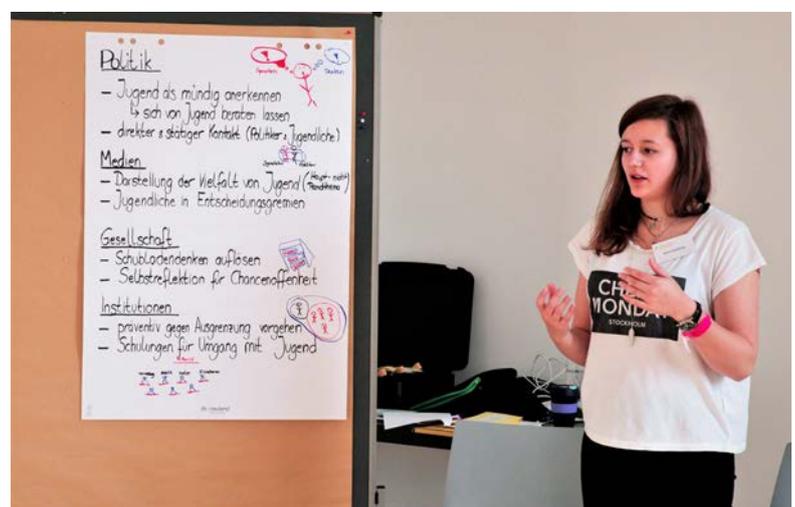
Jugend zuhören! Jugend beteiligen! Voneinander lernen!

Die AG Jugendbilder wurde von der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ in Kooperation mit dem Bundesjugendministerium begleitet.

Die Leitfragen

- > Wie sehen Jugendliche sich selbst?
- > Wie möchten Jugendliche von Politik, Gesellschaft und Medien gesehen werden?
- > Wie kann die Vielfalt junger Menschen und ihrer Lebenswelten realistisch dargestellt werden?
- > Welche Möglichkeiten haben Jugendliche, sich an der Debatte um ihr gesellschaftliches Bild zu beteiligen?
- > Wo wünschen sich Jugendliche Einfluss auf das Bild, das Politik, Gesellschaft und Medien von ihnen zeichnen?

In der AG Jugendbilder diskutierten die Teilnehmenden in Form eines Rollenspiels zunächst die Positionen verschiedener gesellschaftlicher Akteure und des Bildes, das sie von Jugend haben und äußern. Einigkeit bestand in der anschließenden Austauschrunde darüber, dass Jugend häufig pauschalisierend dargestellt werde und mit Problemen und Konflikten in Verbindung gebracht werde. Überdies setzten sich die Teilnehmenden mit der Frage auseinander, wie Akteure aus Politik, Gesellschaft und Medien ein realistisches Bild von Jugend erlangen könnten und wo junge Menschen an der Produktion von Jugendbildern teilhaben könnten, zum Beispiel auf kommunaler Ebene.



Die Forderungen

In der AG Jugendbilder verorteten die Teilnehmenden ihre Forderungen in vier Handlungsfeldern: Politik, Medien, Gesellschaft und Institutionen.

Um Jugend und Jugendliche vielfältiger, realistischer und positiver darzustellen, ihnen eine Stimme zu geben und ihre Bedürfnisse besser einschätzen und berücksichtigen zu können, empfiehlt die AG...

- > eine Jugendquote in der Politik einzuführen.
- > mehr Jugendliche in Entscheidungsgremien der Rundfunk- und Medienanstalten zu Wort kommen zu lassen, zum Beispiel in Programmbeiräten.
- > die intergenerationelle Zusammenarbeit zwischen jungen Menschen, Erwachsenen und Älteren zu fördern, sodass alle von den Lebenswelten des jeweils anderen lernen können.
- > Schulungen für Institutionen (z.B. im Bereich Verwaltung, Bildung, Jugendhilfe) anzubieten, im Rahmen derer junge Menschen den Erwachsenen aus ihrer Lebenswelt berichten und so für mehr Sensibilität und Verständnis sorgen.

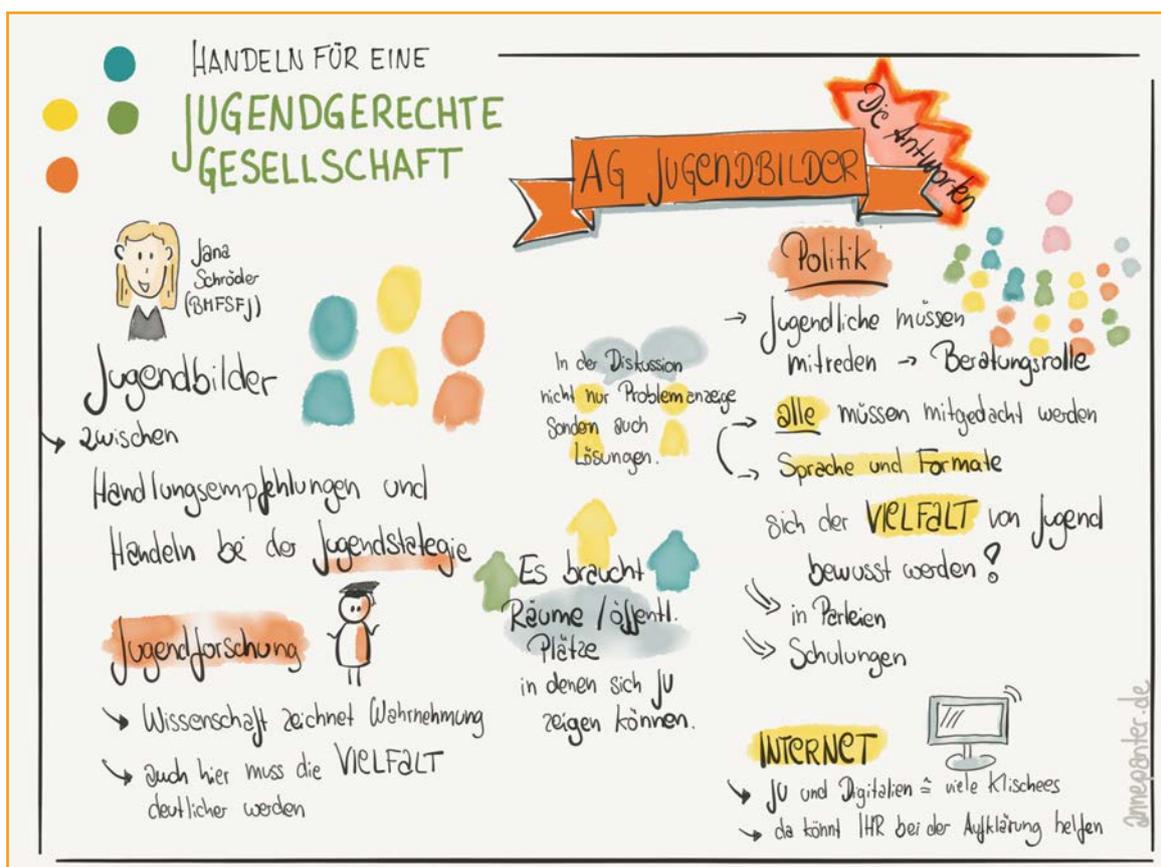
„Mir hat die AG sehr gut gefallen. Ganz besonders der Teil mit dem Rollenspiel, das fand ich sehr interessant. Ich konnte in der AG und aus dem Rollenspiel sehr gut die Position der älteren Generationen nachvollziehen.“

Marvin (19) vom Jugendgemeinderat Weingarten



Kommentierung der Expertinnen und Experten

Jana Schröder (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) bedankte sich bei der Arbeitsgruppe und wies darauf hin, dass das Thema „vielfältige Jugendbilder“ als eines der vier Handlungsfelder der Jugendstrategie des Ministeriums bereits an einigen Stellen diskutiert worden sei, zum Beispiel in einer AG zur Demografiestrategie der Bundesregierung und in einem gesonderten Jugendworkshop. Beim Thema „Politikberatung durch Jugendliche“ sei es dem Bundesjugendministerium sehr wichtig, dass eine möglichst große jugendliche Vielfalt repräsentiert wird. Gelegenheiten dazu gebe es z. B. bei den Jugendkonferenzen und den JugendPolitikTagen des Ministeriums. Jana Schröder fand den Vorschlag der AG sehr interessant, Schulungen von Jugendlichen für Erwachsene in der Verwaltung zu entwickeln, um auch dort realitätsnahe Jugendbilder sichtbar zu machen. Über die Idee der AG, eine Jugendquote in Parteien einzuführen, wurde bei einer Werkstattveranstaltung im Bundesjugendministerium diskutiert. Dort tauschten sich die Jugendorganisationen der im 18. Deutschen Bundestag vertretenen Parteien über verschiedene Maßnahmen aus, mit denen Parteien attraktiver für junge Menschen werden könnten. Politischen Handlungsbedarf gebe es auch in den Kommunen. Sie müssten u. a. Jugendzentren, Vereine und Verbände unterstützen, der Jugend aber auch Platz im öffentlichen Raum zugestehen, damit sie überhaupt die Chance bekommt, sich so vielfältig zu zeigen, wie sie ist. Auch für die Jugendforschung sei die jugendliche Vielfalt von großer Bedeutung. Der 15. Kinder- und Jugendbericht der Bundesregierung spiegele die verschiedenen Lebenswelten Jugendlicher und junger Erwachsener sehr gut wider. Genauso wichtig sei es, das Internet als wichtigen Lebens- und Gestaltungsraum für junge Menschen ernst zu nehmen und nicht nur mit negativen Nutzungsklischees in Verbindung zu bringen. Nicht zuletzt spielten auch die klassischen Medien eine zentrale Rolle bei der Vermittlung von Jugendbildern. Sie hätten die Verantwortung, die vielfältigen Lebenswelten, Herausforderungen und Leistungen der Jugend realitätsnah darzustellen, junge Themen aufzugreifen und bei Berichten über Probleme auch Lösungen zu zeigen. Durch die Förderung junger Journalistinnen und Journalisten könnten zudem junge Perspektiven stärker in die Berichterstattung über junge Menschen einfließen.



In der abschließenden Diskussion wurde deutlich, dass es zwischen den Forderungen der Arbeitsgruppen große Schnittmengen gibt, die auf Fragen nach Jugendbeteiligung, Interessensvertretung und Bildung basieren. So zeigte sich zum einen, dass die Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich Strukturen und Plattformen wünschen, die ihre Themen und Anliegen direkt in die Bundespolitik tragen und hörbar machen, zum anderen aber auch transparente Entscheidungen und nachvollziehbare politische Willensbildung, zum Beispiel in Parteien und Interessensverbänden, einfordern. Die Teilnehmenden waren sich darin weitestgehend einig, dass junge Menschen nicht ausschließlich durch die Mitgliedschaft in einer Jugendorganisation einer Partei Politik mitgestalten möchten, sondern andere Möglichkeiten der Mitsprache suchen.

● HANDELN FÜR EINE
● JUGENDGERECHTE
● GESELLSCHAFT

AUSTAUSCHRUNDE

Informationsfluss
und Transparenz

Wenn Entscheidungen getroffen werden, sollte transparent gemacht werden warum.



Nur 2% der Bevölkerung sind in Parteien und mitbestimmen.

Idee: Selber in Parteien mitmachen



JUGENDCHECK
Prüfkatalog

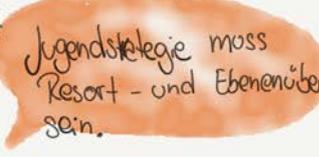
Die ersten Multiplikator*innen der Ideen die hier entwickelt wurden seid ihr! Tragt sie weiter.

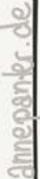


Achtet darauf, dass die Dinge die ihr entwickelt und bespricht auch vorkommen. Fragt nach, bleibt hartnäckig.



Jugendstrategie muss Resort- und Ebenenübergreifend sein.









HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT

AUSTAUSCHRUNDE

Wo gibt es Grenzen?

- Föderalismus
- Internationaler Austausch da muss mehr gemacht werden
stärkere Einbeziehung

Thema Blickwinkel
Jugend & Parteien

↳ es sollte auch mit JU gesprochen werden, die nicht in Parteien sind

Digitalisierung in Schule

- private Gadgets müssen/sollen genutzt werden
- ↳ Schwierig weil Vermischung Privat - Öffentlich
- Schule stellt das allen zur Verfügung → Problem: wie haben die Geräte aktuell

Haben Schulen / Träger da nicht vielleicht versagt?

JA - wenn "bring your own device" die Antwort auf Geldmangel ist

aber: Nachhaltigkeit muss diskutiert werden

Werkstätten im Ministerium (Expert*innenrunden)

- ↳ Jugend und Parteien → Vertreten die Ju-Orgas der Parteien
- ↳ Partizipative Ju-Forschung → Wissenschaftler*innen

annegahner.de

HANDELN FÜR EINE
JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT

AUSTAUSCHRUNDE

Es gibt keinen Verband der für DIE Jugend spricht!

Wunsch: Verband, der alle Jugendparlamente vertritt



Direkt gewähltes Jugendparlament wäre eine wertvolle Ergänzung.

aber: es gibt viele Jugendverbände die sich auf Bundesebene organisieren

Jugendparlament auf Bundesebene

Bsp



annegahner.de

Jana Schröder (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) schickte ihren Ausführungen voraus, dass ernstnehmende Jugendbeteiligung und ein wirklich wertschätzender Umgang mit den Arbeitsergebnissen dieser Jugendkonferenz keine schnelle Antwort auf die Frage „Wie weiter mit den Forderungen?“ erlaube. Die Ergebnisse sollten im Nachgang umfassend dokumentiert, diskutiert und auch weiterverbreitet werden – nicht nur durch die Koordinierungsstelle und das Bundesjugendministerium, sondern zum Beispiel auch durch die Teilnehmenden selbst, das reiche vom UN-Jugenddelegierten bis zur engagierten Jugendlichen vor Ort. Weiterhin sei zu wünschen, dass die AG-Paten und die Expertinnen und Experten aus der Feedback-Runde die Ergebnisse in ihre eigenen Organisationen und Einrichtungen tragen und auch die Gelegenheit ergreifen, im Dialog mit politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern auf die Forderungen aus der Jugendkonferenz zu verweisen.

Das Bundesjugendministerium selbst werde die Ergebnisse nutzen, um seine Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ weiterzuentwickeln. Formate wie Jugendworkshops, Jugendkonferenzen oder auch die JugendPolitikTage des Ministeriums seien wertvolle und authentische Quellen für die Interessen und Bedürfnisse junger Menschen. Von diesen aus zu denken, sei die erklärte Absicht.

Bei den Forderungen dieser Jugendkonferenz sei wieder einmal deutlich geworden, dass die Belange von Jugendlichen und jungen Erwachsenen nicht nur im Jugendministerium eine Rolle spielen sollten. Viele Forderungen gehörten in die Bereiche Verkehr, Bau, Bildung, Arbeit, Soziales, Verbraucherschutz, Digitales, Gesundheit, Finanzen etc. Damit werde ganz klar, dass aus der Jugendstrategie des Bundesjugendministeriums eine gemeinsame Jugendstrategie der gesamten Bundesregierung erwachsen müsse. Und nicht zuletzt gebe es auch viele gesellschaftliche Akteure, die zu mehr Jugendgerechtigkeit in unserer Gesellschaft beitragen können. Beispielhaft zu nennen seien Medien, die Arbeitswelt, Religionsgemeinschaften, Wohlfahrtsverbände und Jugendhilfeträger.

Jana Schröder schloss die Jugendkonferenz von Seiten des Bundesjugendministeriums mit einem großen Dank an alle Beteiligten.





politikorange berichtet:

Und was passiert jetzt? – Abschlussbericht

Hitzige Debatten, intensive Arbeitstage und viel Spaß – das war die #JuKo17. Am letzten Tag wurden die Forderungen der Teilnehmenden präsentiert und von Experten und Expertinnen beantwortet.

[...]

Es wurde deutlich, dass sich die Arbeitsgruppen an vielen Stellen inhaltlichen überschneiden, wie beispielsweise beim Thema Bildung. Sie mussten jedoch auch erkennen, dass zwei Tage deutlich zu wenig Zeit waren, um die Themen in ihrer gesamten Komplexität behandeln zu können. Nichtsdestotrotz kamen alle Gruppen zu einem guten und vorzeigbaren Ergebnis.

[...]

In einer sehr kritischen Abschlussrunde diskutierten die Jugendlichen über ihre Ergebnisse und die Antworten der Experten und Expertinnen. Ein Teilnehmer plädierte für eine demokratisch gewählte Jugendvertretung auf Bundesebene und fand unter den Teilnehmenden viel Zustimmung. Von den Experten und Expertinnen hingegen wurde betont, dass es bereits Organisationen gebe, welche die Jugend vertreten. Ein Beispiel sei der Deutsche Bundesjugendring. Die Jugendlichen verlangten jedoch eine direkte Wahl ihrer Vertreter.

Aber was passiert eigentlich mit den erarbeiteten Vorschlägen der Jugendlichen? Rainer Wiebusch, Referatsleiter im Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ des Bundesjugendministeriums versicherte bereits am Freitag, dass die Vorschläge „nicht einfach in den Schubladen verschwinden“ werden. Die zukünftige jugendpolitische Ausrichtung des Ministeriums hängt u.a. davon ab, welche Regierungspartei die Leitung übernimmt. Im Gegensatz zur SPD, die momentan das Ministerium führt, spricht sich die CDU zum Beispiel gegen ein Wahlrecht ab 16 Jahren aus. Das Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ wird jedoch in nächster Zeit auf jeden Fall bestehen bleiben und die „Jugendstrategie“ unabhängig von der Bundesregierung fortgesetzt. Auf jeden Fall relevant sind die Forderungen zumindest für die Koordinierungsstelle, die die Ergebnisse gesammelt hat und den Teilnehmenden zur Verfügung stellen wird. Jana Schröder vom Bundesjugendministerium, sowie weitere Organisationsvertreter stellten jedoch auch klar, dass voraussichtlich nicht alle Vorschläge umgesetzt werden können.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass während der Konferenz viele Forderungen erarbeitet wurden, manche realistisch, andere weniger. Was die konkrete Umsetzung angeht, so wurden kaum Vorschläge von den Jugendlichen gemacht. Die Ausarbeitung und die tatsächliche Umsetzung der Projekte liegt also voraussichtlich nicht vollständig in den Händen der Jugendlichen, sondern eher in denen der Entscheidungsträger und Fachleuten. Wir dürfen auf jeden Fall gespannt sein, in welcher Form die Konferenz für Jugendpolitik Bedeutung haben wird und welche politischen Entscheidungen in die Äußerungen der Jugendlichen einfließen werden.

Text: Vincent, politikorange.de

DANK

Die 2. Jugendkonferenz zur Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ wäre ohne die gute Zusammenarbeit und Unterstützung zahlreicher Partnerinnen und Partner nicht möglich gewesen.

Unser Dank gilt daher:

- > dem Referat „Eigenständige Jugendpolitik“ des Bundesjugendministeriums, insbesondere Rainer Wiebusch und Jana Schröder
- > den Patinnen und Paten der Arbeitsgruppen: Andrea Pingel (JUGEND für Europa) und Ricarda Dubbert (Junge Europäische Föderalisten – JEF) für die AG „Engagement für Europa“; Tina Leskien für die AG Jugendbeteiligung und Politische Bildung; Karoline Herrmann und Yvonne Bösel (dbb Jugend) für die AG Ausbildung, Beruf Studium; Frederic Koch (SV Bildungswerk) für die AG Jugendgerechte Schule; Anna-Maria Pfeiffer und Nils Peter (Bundesjugendwerk der AWO) für die AG Chancengerechtigkeit.
- > den Mitwirkenden an der Fishbowl-Diskussion im Rahmen des Jugendpolitischen Abends: Kevin Hähnel (Junge Union Charlottenburg-Wilmersdorf), Kevin Kühnert (Mitglied im Bundesvorstand der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD), Roman-Francesco Rogat (Landesvorsitzender der Jungliberalen Berlin), Louisa Hattendorff (Sprecherin der Grünen Jugend Berlin) und Christoph Barta (Landessprecher der linksjugend`solid).
- > den Vertreterinnen und Vertretern der Gestaltungspartner der Jugendstrategie, die am Sonntag als Expertinnen und Experten die AG-Forderungen kommentierten: Ina Bielenberg (adb – Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten), Eva-Lotta Bueren (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe – AGJ), Jörg Freese (Deutscher Landkreistag), Michael Matzke (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Andrea Pingel (JUGEND für Europa), Jana Schröder (Referat Eigenständige Jugendpolitik, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Mitglied im Planungsstab der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“), Miriam Wolters (Deutscher Bundesjugendring).
- > der Redaktion der Jugendpresse Deutschland / politikorange.de: Lou Antoinette Godvliet, Vincent Kretschmer, Isabell Weiß, Milan Bath, Janine Ponzer, Jens Moggert (Redaktionsleitung).
- > Rebecca Braun, Praktikantin an der Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
- > Anne Panter für die Visualisierung des Plenums am Sonntag (www.annepanter.de)
- > allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern an der Jugendkonferenz – euer Engagement und eure Ideen machen die Welt ein Stückchen besser und gerechter!

IMPRESSUM

Herausgeber

Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“
c/o Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe - AGJ
Mühlendamm 3, 10178 Berlin
T +49 30 40040-230
F +49 30 40040-232
koordinierungsstelle@jugendgerecht.de

Rechtsträger: Vorstand der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe e.V.
Vi.i.S.d.P.: Peter Klausch

Bildnachweis: Janine Ponzer (Titelbild, S. 2 oben, S. 3-6, S. 8-9, S. 17-19, S. 24, S. 26 unten rechts, S. 28),
Milan Bath (S. 2 unten, S. 7, S. 10-11, S. 13, S. 20-23, S. 26 unten links), Graphic Recording: Anne Panter
Gestaltung: Koordinierungsstelle „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“

Dezember 2017

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

IM RAHMEN DER

JUGENDSTRATEGIE 2015–2018



HANDELN FÜR EINE
**JUGENDGERECHTE
GESELLSCHAFT**

WWW.JUGENDGERECHT.DE